

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neef'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

№. 132

Donnerstag den 9. Juni 1932

90. Jahrgang

Die neue preussische Notverordnung

Kürzung der Gehälter — Einführung einer Schlachtsteuer

Berlin, 8. Juni. Das preussische Kabinett hat heute abend die angekündigte neue Notverordnung erlassen. Der Wortlaut der Notverordnung wird morgen veröffentlicht werden.

Bei der Aufstellung des Etats für 1932/33 war mit einer Mindereinnahme von 487,6 Millionen Mark gerechnet worden. Davon wurden 207,2 durch Kürzungen am Personaletat, von 169,4 Millionen durch Kürzungen am Sachetat eingespart, sowie 2 Millionen durch Erhöhung des Staatsanteils an den Rotarbeitsgebühren gedeckt. Der Rest von 100 Millionen sollte ursprünglich durch die Ausgleichszahlungen des Reiches gedeckt werden.

Angehts des Fortfalls dieser Ausgleichszahlungen hat die preussische Regierung nunmehr in der Notverordnung die Einführung der Schlachtsteuer vom 1. Juli ab beschlossen, die einen Ertrag von rund 90 Millionen bringen soll. Darüber hinaus waren aber zum völligen Ausgleich des Etats noch weitere Maßnahmen notwendig, da im laufenden Etatsjahr mit etwa 50 Millionen Mindereinnahmen an Steuern gerechnet wird. Die Notverordnung sieht deshalb eine Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter, und zwar mit 5 Prozent für ledige und kinderlos Verheiratete, und von 2½ Prozent für Beamte und Angestellte mit Kindern vor. Diese Gehaltskürzung, die nur vorübergehend sein soll, ist als eine Zwangsmaßnahme gedacht und soll nach 5 Jahren vom 1. Juli 1937 ab in monatlichen Raten, die dem monatlichen Abzug entsprechen, wieder zurückgezahlt werden. In Todesfällen ist der ganze abgezogene Betrag an die Hinterbliebenen sofort auszusahlen. Ebenso erfolgt die sofortige Auszahlung des gesamten Betrages beim Ausscheiden von Staatsangestellten und von Beamten unter Fortfall der Versorgungsbezüge. Eine entsprechende Regelung ist den Gemeinden für ihre Beamten und Angestellten vorgeschrieben worden.

Die Notverordnung sieht weiter zur Sicherstellung des Etats eine Änderung der bisherigen Bestimmungen über die Rückzahlung der Hauszinssteuer in der Weise vor, daß bei Bedürftigkeit die Hauszinssteuer nicht mehr auf Antrag durch die Katasterämter erlassen wird, sondern daß in Zukunft den Gemeinden ein entsprechender Betrag überwiesen wird, der dazu dienen soll, auf Antrag den Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zum Ausgleich für die Hauszinssteuerzahlungen gegeben zu werden.

Im preussischen Regierungskreis ist man davon überzeugt, daß durch die in dieser Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen der Etatgleichgewicht durchgeführt werden kann. Im übrigen wird entgegen den verschiedenen in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchten mit Nachdruck betont, daß hinsichtlich

der Kassenlage Preussens keinerlei Bedenken bestehen. Die Kassenlage ist für das laufende Etatsjahr unter allen Umständen gesichert. Wenn die Einführung der Schlachtsteuer in den interessierten Kreisen Unruhe hervorrufen sollte, so wird demgegenüber in Kreisen der preussischen Regierung darauf hingewiesen, daß die Auswirkungen dieser Steuer zweifellos überschätzt werden. Die Schlachtsteuer, die in Bayern und Sachsen bereits besteht, hat dort keine Anhaltspunkte dafür gegeben, daß die Fleischpreise durch sie beeinflusst worden sind. Der Finanzminister ist außerdem ermächtigt, bei Hauszinsrückzahlungen von der Erhebung der Schlachtsteuer Abstand zu nehmen, und er wird von dieser Ermächtigung soweit möglich Gebrauch machen.

Reichsbund der höheren Beamten gegen die preussische Notverordnung

Berlin, 8. Juni. (Eig. Meldung.) Der Reichsbund der höheren Beamten hat an den Reichsfinanzminister ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen die Absichten der preussischen Regierung die Beamtengehälter zu kürzen, Einspruch erhebt. Der Landesverband der höheren Beamten Preussens beabsichtigt ferner, alle Fraktionen des Landtags aufzufordern, die Schlichterhaltung der preussischen Beamten durch sofortige Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung zu verhindern.

Auch die Nationalsozialisten

Berlin, 8. Juni. Wie der „Angriff“ ankündigt, werden die Nationalsozialisten der von der geschäftsführenden preussischen Regierung geplanten neuen Notverordnung den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Dem Blatt zufolge haben gestern zwischen Landtagspräsident Herrl und verschiedenen Angehörigen der deutschnationalen Fraktion und des Zentrums Verhandlungen stattgefunden mit dem Ziele, zunächst einmal eine technische Basis für eine Ministerpräsidentenwahl zu finden. Diese Verhandlungen sollen nicht ganz zwecklos gewesen sein. Es handelte sich dabei vornehmlich darum, insbesondere dem Zentrum klar zu machen, daß, wenn ein Ministerpräsident gewählt wird, als solcher unter allen Umständen nur ein Nationalsozialist in Frage käme. Der von den Nationalsozialisten als Kandidat für den preussischen Ministerpräsidentenposten aufgedenken sei, sei parteiamtlich noch nicht festgelegt. Die Abgeordneten Herrl und Kube weilen übrigens heute in München, um mit Adolf Hitler die ganze Preußenfrage nochmals abschließend eingehend zu besprechen, wobei auch die Kandidatenfrage entschieden werden dürfte.

und äußere Kampfbereitschaft nur um so mehr zu stärken, je mehr der endgültige Sieg der Bewegung in greifbare Nähe gerückt sei.

Der „Angriff“ bezichtigt das Zentrum separatistischer Umtriebe

Der „Angriff“ wendet sich unter der Überschrift „Brüning-Koalition droht mit offenem Separatismus! Schwarze Wählermärke am Werk“ zunächst gegen die Versuchen Deims, der u. a. gesagt habe, er könne sich ganz gut denken, daß einzelne Länder unbeschadet der Interessen des Reiches sich eine selbständige Staatsform aneigneten. Diese Sätze könnten nichts anderes bedeuten, als daß die zentrumsliche Bayerische Volkspartei plane, sich in offenem Separatismus gegen die Reichseinheit zu stellen. Sodann zitiert der „Angriff“ ein Mitteilungsblatt, das sich zu der Angelegenheit vertritt, zu merken, man spreche in Kreisen Süddeutschlands angedachts des Regimes Baden-Schleier ganz eindeutig von der Notwendigkeit eines süddeutschen Zusammenstoßes mit Oesterreich unter Bildung eines auf diesen Grundlagen zu errichtenden neuen Staates als Gegengewicht gegen die Tendenzen der preussisch-norddeutschen Reichsregierung. Hierzu bemerkt der „Angriff“, daß sich die Reichsregierung diese schamlosen Drohungen nicht gefallen lassen könne, ohne sich selbst anzugeben, denn daß hinter diesen Plänen die alte französische Donauföderation stehe, wisse jedes Kind. Es werde außerhalb gewisser Kreise des Zentrums, dessen Tendenzen sich hier wieder einmal auf das Schlagende enthüllen, keinen Menschen in Deutschland geben, der der Reichsregierung nicht zur Seite stehe, wenn sie auf das allerhöchste schon den Anfängen des Emporkommens eines neuen Separatismus entgegentritt.

Erwägungen im Kabinett Papen

Berlin, 8. Juni. Das englische Reuters-Büro hat unter Bezugnahme auf unterrichtete deutsche Stellen erklärt, daß der Reichstag bei einem „ungünstigen Ausfall“ der kommenden Wahlen — das heißt also, wenn die erhoffte absolute Mehrheit der Rechten ausbleibt — erneut aufgelöst werden soll. Diese Idee ist protest gegen, aber die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet, daß dieser Erörterungen innerhalb der Reichsregierung tatsächlich gepflogen worden sind.

Adolf Hitler spricht im Rundfunk

Berlin, 8. Juni. (Eig. Meldung.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird Adolf Hitler am Dienstag den 14. Juni, nachmittags von 7 Uhr bis 7.30 Uhr auf der Deutschen Welle über die Staatsidee des Nationalsozialismus sprechen.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Textzeile oben deren Raum 25 Pfl., Restamtszeile 10 Pfl., Restamtszeile 100 Pfl., Restamtszeile 20 Pfl., bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Wochenvertrages fünfjährig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teile Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Frankreich und die deutsche Reichsbahn

Bainlevés Erklärung, man solle das gesamte deutsche Verkehrsnetz in ein internationales System hineinziehen, entspricht voll und ganz der Politik, die Frankreich seit 1924 folgerichtig durchgeführt und ihm langsam aber sicher vor allem die Reichsbahn in die Hände spielen soll.

Die Reichsbahn, die am 1. April 1920 in die Hände des Reiches überging, erreichte nach der Währungsstabilisierung (Ende 1923) wirtschaftliche Selbständigkeit. Im Dawes-Plan wurde die Reichsbahngesellschaft gegründet. Doch blieb die Bahn formell Eigentum des Reiches. Sie mußte aber einen wesentlichen Teil der Reparationen aufbringen und zwar im ganzen rund 11 Milliarden RM. So wurde die Reichsbahn Reparationspfand, was umso bedenklicher war, als der Reparationsagent Barter Gilbert genauestens auf sie achtete. Außerdem sahen vier Ausländer im Verwaltungsrat und ein ausländischer Eisenbahnkommissar hatte besondere Befugnisse.

Der Youngplan beschneidet nun die Rechte der ausländischen Gläubiger. Wir konnten seitdem das Vermögen der Bahn vergrößern oder verkleinern und zwar ohne ausländische Zustimmung. Die Reparationssteuer durfte jedoch nicht geändert sein, die bis 1935 laufen sollte. Die Zahlungen sollten auf das Konto der Reparationsbank in Basel erfolgen. So war die Bahn durch die Baseler Tributbank schon etwas in ein „internationales System“ hineingezogen.

Die ausländische Aufsicht wurde nun durch die Regierungsaufsicht zum Teil erlegt. Die vier ausländischen Mitglieder schieben aus.

Vor einem Jahr, als Deutschland die Tribute einstellte, wurde noch einmal die Reichsbahn Mittelpunkt der Verhandlungen. Es war klar, daß sie keine Zahlungen mehr leisten konnte und die jüngsten erzielenden Abschlüsse zeigten das zur Genüge. Aber Frankreich setzte es durch, daß wenigstens die Reichsbahn formell einen Betrag der Tributbank in Basel übergab, der jedoch sofort wieder der Bahn zur Verfügung gestellt wurde. So rettete Frankreich den Schein und heimt außerdem noch wertvolle Finken ein.

Dieses System der Verflechtung, das wir bei der Reichsbahn leider schon angebahnt sehen, soll nun auf alle Verkehrsnetze des Reiches ausgedehnt werden. So hofft Frankreich zwei schwerwiegende Stellen mit einem Schlag zu erobern: Erstens die Aufsicht über das Herz der deutschen Wirtschaft, auf den Verkehr und außerdem die Möglichkeit neuer Tributzahlungen, und wenn auch inzwischen Jahre und auch ein Jahrzehnt verstreichen sollten.

Abrüstungs-Fiasco

Deutschland, Rußland und Italien lehnen weitere Beteiligung am Luftfahrt-Ausschuß ab

Genf, 8. Juni. Nach dem Effektivauschuß haben auch die letzten der noch tagenden technischen Konferenzausschüsse, der Land- und der Luftfahrt-Ausschuß, ihre „Arbeiten“ beendet. Beide Ausschüsse schlossen ihre Beratungen in der üblichen Uneinigkeit ab, gelangten nicht einmal auf dem kleinsten Gebiete zu einem Kompromiß und beschäftigten somit nur den völligen Bankrott der Genfer Abrüstungstheorien und -Methoden. Der Hauptauschuß, der nunmehr sämtliche Berichte der Ausschüsse vorfindet, ist um seine Aufgaben nicht zu denken, denn statt klärend zu wirken und die Aufgaben des Hauptauschusses zu erleichtern, haben die Vorarbeiten der Unterausschüsse nur verwirrend gewirkt und obendrein die Atmosphäre vergiftet. Insofern ist die Abrüstungskonferenz trotz monatelanger Arbeiten nicht nur keinen Schritt vorwärts gekommen, sondern hat sich sogar von ihren Zielen entfernt.

Im Luftfahrt-Ausschuß entspann sich in der Schlussitzung ein scharfer Kampf um den auf französischen Vorschlag aufgebauten Bericht. Der italienische Vertreter wies darauf hin, daß der französische Vorschlag nicht zur Abrüstung, sondern zur Aufrüstung führe. Der deutsche Vertreter erklärte, der gesamte Bericht sei eine außerordentlich mühselige Arbeit und gehe einer eingehenden und ernsthaften Prüfung der Luftfahrtfragen aus dem Wege. Er könne daher für den Hauptauschuß nur verwirrend wirken. Uebereinstimmend betonten die Vertreter Italiens, Sowjetrußlands und Deutschlands, daß der Bericht unsachliche Darstellungen und Heberhebungen enthalte und in keiner Weise eine Lösung der dem Ausschuss gestellten Aufgaben bedeuten könne. In der Abstimmung wurde dennoch der französische Bericht mit 23 gegen 11 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Er wird dem Generalbericht des Luftfahrt-Ausschusses an den Hauptauschuß als die Stellungnahme des Ausschusses eingeschickt. Die Vertreter von Deutschland, Italien und Sowjetrußland lebten im Hinblick auf das Ergebnis der Abstimmung die weitere Mitarbeit an den Arbeiten zur endgültigen Verteilung des Generalberichts ab.

Die Kriegsteilnehmer in Washington

Washington, 8. Juni. Der angekündigte Demonstrationstag von ungefähr 8000 Kriegsteilnehmern, die den „March auf Washington“ mitgemacht hatten, verlief ohne jede Störung. Die Polizei hatte starke Vorkehrungen getroffen, jedoch bestand die Hauptaufgabe der Beamten, die auf den Straßen postiert waren, darin, die Fahnen zu grüßen, die den nach Regimenter geordneten Demonstranten vorangetragen wurden. Von den Kriegsteilnehmern trugen einige Kriegsmantel, andere Friedensmützen, wieder andere waren in Zivilkleidern. Der Zug war von Zivilisten aus dem Publikum begleitet.

Immer noch 5,5 Millionen arbeitslos

Berlin, 8. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai hat die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt sich in der zweiten Hälfte des Berichtsmontats mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtsdritt die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 64 000 abgenommen hatte, war sie Ende Mai um rund 200 000 geringer als am 15. d. M. Der damit erreichte Stand von rund 5 583 000 Arbeitslosen liegt jedoch um etwa 1½ Millionen über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem wintertlichen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 546 000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonbetriebe.

In der Versicherung war die Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit rund 64 000 geringer als in der ersten Hälfte des Monats (rund 92 000). Die Abnahme in der Arbeitslosenversicherung war mit rund 32 000 verhältnismäßig größer, als man annehmen konnte. In beiden Einrichtungen wurden am 31. Mai rund 2 068 000 Arbeitslose unterstützt, davon 1 582 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsbeträge Ende Mai rund 2 086 000 gegenüber rund 2 019 000 Ende April. Sie hat also entgegen der allgemeinen Bewegung zugenommen.

Wahrvorbereitungen der NSDAP.

München, 8. Juni. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: In München fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser ein Gauleiterstag der NSDAP statt, der sich insbesondere auch mit der organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahl befaßte.

Adolf Hitler legte in eingehenden Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Haltung der NSDAP zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neu geschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind. Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei dem Verzicht der Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuweisen, scharf entgegen. Gegenüber den separatistischen Gerüchten, die durch die Medien verantwortungslos verbreitet wurden, gab Hitler der Auffassung der NSDAP, daß der Verlust eines Aufstieges auf die Einheit des Reiches an dem entscheidenden Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung zerbrechen werde.

Die Ausführungen Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willensfindung der Versammelten, die Einheit und Geschlossenheit der NSDAP, ihre innere Kraft



Parteilosigkeit Gezante statt praktischer Arbeit

im württembergischen Landtag

Stuttgart, 8. Juni. Im Verlauf der heutigen Landtagssitzung ist eine Große kommunistische Anfrage an den Justizminister betr. Zustände im Landesgefängnis Ulm.

Auf Antrag des Abg. Reil (Soz.) wird der Einspruch des Abg. Ulrich gegen einen Ordnungsruf von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und erst in der nächsten Sitzung behandelt.

Die Aussprache zu der Zentrumsanfrage betr. Lage der württembergischen Staatsfinanzen wird fortgesetzt vom

Abg. Friedrich Schmidt (NS.): Wir wenden uns dagegen, daß unsere Anträge dem Finanzausschuß überwiesen werden und verlangen namentliche Abstimmung über unsere Anträge. Wir wenden uns gegen jede weitere Verschlechterung des Erziehungs- und Bildungswesens. Der Schulabbau muß mit Rücksicht auf die junge Generation eingestellt werden. Das Pensionalter sollte herabgesetzt werden. Wir begreifen, daß unter Antrag betr. Schulpraktikanten angenommen wurde. Man sollte aber die Praktikantenhilfe auch auf den Jahrgang 1932 anwenden. Die Lebensversicherung ist zu verbieten. Wo die Sozialdemokratie in der Regierung ist, hat sie immer das Innenministerium inne. Der Staatspräsident hat besonderen Einfluß auf die Beamtenernennung. Das Parteibuchbeamtenamt in Deutschland ist von der Sozialdemokratie angeführt worden. Jedem ist erlaubt, für seine Arbeit den Segen Gottes anzusuchen. Wir dürfen das auch für unsere politische Arbeit tun. Das ist nicht nur das Vorrecht des Zentrums. Wir wandern uns, wie die Sozialdemokratie sich plötzlich als Religionspäpste aufstellt. Die Ursache der deutschen Not liegt in den Reparationsmilliarden. Schuld daran ist die Sozialdemokratie und das Zentrum, die diese Vereidungspolitik getrieben haben. In der Reichsregierung haben wir so wenig Verbindungen wie zur Regierung Brüning. In diesem Landtag können wir eine Einheitsfront stellen, denn der Kampf aller anderen Parteien geht nur gegen die Nationalsozialisten. Der Nationalsozialismus wurde groß, weil er sich zu den ewigen Werten eines Volkes bekannt hat. Er ist der Lebenswille des jungen ausgebeuteten Deutschlands.

Finanzminister Dr. Dehlinger: Der Redner der Sozialdemokratie hat dem Landtag einen großen Wären ausgegeben, wenn er von den Millionen Ueberflüsse erzählt. Dem Abg. Ulrich sind diese Zahlen wohl im Traum erschienen. Bei meinem Amtsantritt am 3. Juli 1931 betrug der Abmangel des Etats zunächst 90 Millionen. Es gelang diesen Abmangel zunächst auf 5 Millionen herabzubringen. Der Abschluß ergab dann einen Ausgleich, in infolge der Reichsmehrerwerbungen, die nicht vorderechnet werden konnten, einen Ueberfluß von 16 Millionen. Für das Jahr 1932 hat sich der Abg. Ulrich ein besonderes Phantasiegebilde geleistet. Der Ueberfluß von 1932 betrug 16 Millionen und nicht 25 Millionen. Die geschäftsführende Regierung hat nicht das erste, sondern das letzte Wort. Erst muß die Regierung Bescheid lassen, dann erst kann die Regierung handeln. Die Finanzlage des württ. Staates darf man nicht so übertrieben schwarz malen, wie es der Abg. Kurr getan hat. Die nationalsozialistischen Anträge würden große Beträge erfordern. Zur Deckung ist nur die Kürzung der Gehälter vom Ministerialrat und Unversitätsprofessoren ab anzuhalten vorgeschlagen. Bei einer Prozentigen Kürzung würde das nur 300.000 RM. ausmachen. Der Aufwand für die Berliner Gefandtschaft ist bereits auf 125.000 RM. herabgebrungen worden. Die nackten Zahlen des Staatshaushalts können nicht vernebelt werden. In keiner meiner Wahlversammlungen habe ich versäumt, zu sagen, daß die Regierungsparteien und nicht ich allein das Verdienst an den guten württembergischen Finanzen haben.

Wirtschaftsminister Dr. Kauer: Bei der Fleischernagung in Reutlingen habe ich mich keineswegs für die Schlachtkamer eingefügt. Dieser Legendenbildung muß ich entgegen treten.

Abg. Pflüger (Soz.): Wir wundern uns über die Wille, die der Finanzminister den nationalsozialistischen Anträgen zuteil werden ließ. Die Rede des Abg. Kurr war angefüllt des großartigen Auftretens der Nationalsozialisten im Lande sehr enttäuschend. Der verlorene Krieg ist nicht, wie der Abg. Friedr. Schmidt sagte, eine Phrasie, sondern leider eine Tatsache. Die Kreise, die heute den Nationalsozialisten nahe stehen, haben uns in das Gland des verlorenen Krieges hineingeführt. Die Behauptung von dem sozialistischen Einfluß im Reich ist falsch. Seit 1918 hat die Sozialdemokratie nur 3 Monate allein regiert, 109 Monate lang, über 8 Jahre, hatten wir rein bürgerliche Regierungen. In Württemberg ist seit über 8 Jahren kein Sozialdemokrat an der Regierung beteiligt. Verbände zwischen Kat.-Soz. und Komm. Der Abg. Haag (Komm.) ruft einem Kat.-Soz. zu: Du Dummkopf, du einseitiger. Weitere Zwischenrufe sind in dem Raum unvernehmlich. Keine Partei verachtet die Massen so, wie die nationalsozialistische (Zuruf rechts: Von Ihnen werden die Massen verraten.) Die Sozialdemokratie hat alles

daran gesetzt, nicht nur den letzten Krieg zu verhindern, sondern ihm möglichst bald durch Verhandlung ein Ende zu bereiten. Vom Finanzminister haben wir noch nie völlige Klarheit über den Stand der Staatsfinanzen erhalten. In der Verwaltung der Mittel ist der Finanzminister einseitig eingetreten. In der Herabwürdigung der Sozialdemokratie versuchen die Kommunisten die Nationalsozialisten noch zu überstreifen. Wir lassen uns von den Nationalsozialisten nicht einschüchtern.

Abg. Kante (Dem.): Als Vertreter wirtschaftlich notleidender Gemeinden verlange ich, daß keine Vogelstreichpolitik getrieben wird. Die Zustände der Schwarzwalddörfer sind nicht nur mit den Augen der Zentralstelle für Wohltätigkeit angesehen werden. Es ist ein Leid, wenn hadische Gemeinden, die nur wenige Kilometer entfernt liegen, höhere Zuschüsse bekommen. Wir befürchten, daß die neue Reichsregierung die Gemeinden nicht die Mittel zukommen läßt, wie es die Regierung Brüning plante. Die Schwarzwalder Industrie läßt den Kopf nicht hängen. Die ganze württ. Industrie ist entschlossen zu kämpfen, wenn man sie nur leben läßt. Das ist das Tragische, daß das Rezept einer vernünftigen Handels- und Exportpolitik, das unsere Wirtschaft vorwärts gebracht hat, zu Ungunsten unserer Industrie ausgegeben wurde. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat.-Soz.) Trotz allen Verlockungen hat es die Ureinindustrie in der Hoffnung auf Kaufmann abgelehnt, Pillalen in England zu errichten. Eine gutgehende Industrie ist die Lebensbasis auch für die württ. Landwirtschaft. Das Wirtschaftsministerium darf nicht aufgehoben werden. Dabei spielt die Verdon des Wirtschaftsministers für uns gar keine Rolle, maßgebend sind für uns nur sachliche Gründe.

Abg. Bollmer (Komm.): Als der Redner beginnt, verfallen die Nationalsozialisten geschlossen den Saal. Wenn Väterlichkeit tönen könnte, dann wären die Nationalsozialisten, die wertwürdigen Beschützer der Verfallenen, längst erledigt. Nur der Hammer der Revolution kann die Kräfte des Youngplans brechen. Der Redner begründet dann die kommunisistischen Anträge betr. Erlass rückständiger Steuern, Erwerbslosenfürsorge, Staatsbilie für notleidende Gemeinden, Notverordnungen.

Abg. Dr. Schott (DR.): Wir brauchen in Deutschland sowohl Industrie wie Landwirtschaft. Es muß eine Symbiose zwischen den verschiedenen Interessen gefunden werden. Der württ. Regierung ist es gelungen, das Richtige in der Verteilung der Lasten zu treffen. Bei den Angriffen gegen den Finanzminister handelt es sich um agitatorische Behauptungen. Den nationalsozialistischen Anträgen können wir nicht zustimmen. Diese Anträge müssen erst im Ausschuß genau beraten werden. Notwendig ist, daß das Land bald eine tragfähige, vom Vertrauen der Landtagsmehrheit getragene Regierung bekommt.

Abg. Dr. Jonathan Schmidt (NS.): Es ist eine Verhöhnung der tatsächlichen Entwicklung, wenn die Nationalsozialisten die Schuld am Scheitern der Regierungsverhandlungen aufgeschoben wird. Das Volk versteht es nicht, wenn hier vier Tage Wahlreden gehalten werden. (Stürmische Unterbrechungen.) Wir sind furchtbar enttäuscht, wie hier unsere Zeit totgeschlagen wird. Man darf nicht sagen, der Etat sei ausgeglichen, wenn die Restmittel verbraucht wurden. Die nationalsozialistische Fraktion hält ihre Anträge aufrecht und beantragt sofortige Abstimmung, auch über den Antrag betr. Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte.

Abg. Müller (Chr. Vd.): Größer als die Not der Hochwettergeschädigten steht vor uns das Gland der Erwerbslosigkeit. Ganz unerschütterlich ist das Volk an dieser Not. Man hat das Sparen verlernt. Die Ausgaben sind beim Staat, bei den Gemeinden und beim Einzelnen zu hoch. Man hat sich an zu hohe Ansprüche gewöhnt. Jetzt ist die Gelddecke zu kurz. Der Staat soll der ausgleichende Arbeitgeber sein.

Abg. Pflüger (Soz.) verwahrt sich gegen die Kritik des Abg. Jonathan Schmidt, der sich hier als Schmelzer aufspielt. Die Nationalsozialisten sollen erst mal selbst positive Arbeit leisten.

Abg. Post (Str.): Diese große Aussprache über unsere Anträge war keineswegs überflüssig. Es war notwendig, daß in Beginn der Landtagsperiode der Landtag über die Finanzlage Klarheit bekam. Nicht um ein Theater hat es sich gehandelt. Wir haben den ganzen Landtag vor eine staatsbürgerliche Pflicht gestellt. Nicht für alle Parteien war es angenehm, nach einem solchen Wahlsieg in die raube Wirklichkeit hineingeführt zu werden und Herde bekennen zu müssen. Ueber den guten Abschluß des Etatjahres 1931 haben die Nationalsozialisten uns nicht gelobt, wohl aber uns getadelt für das Defizit von 1932. Das ist eine Unkonsequenz. Das Land Württemberg hat dafür kein Verhängnis. Die Vorschläge der Nationalsozialisten zur Deckung des Defizits sind so dürftig und geistig von solcher

Armut, daß wir sie nicht für möglich halten. Die Nationalsozialisten wollen Steuern, die die Gemeinden beanspruchen zur Deckung des Staatsdefizits heranziehen. Wer so etwas macht, darf nicht die Regierung anfragen, sie behandle die Gemeinden schlecht. Die württ. Wirtschaft wird sowohl im Unternehmertum wie in der Arbeiterkraft den Nationalsozialisten nicht vergriffen, daß sie die Berliner Gefandtschaft, die doch der württ. Wirtschaft Aufträge bereinigt, sofort aufheben will. In der Frage der Kürzung der Generalpensionen sind die Nationalsozialisten vom Reichstag her so belästigt, daß ihr Antrag auf Herabsetzung der oberen Gehälter auf 12.000 RM. unwehlich ist. Keine Landesregierung hat ein so großes Arbeitsbeschaffungsprogramm geschaffen wie die württembergische. Da die Nationalsozialisten keine Wege zur Geldbeschaffung für ihre Anträge zeigen, bleibt zur Geldbeschaffung nur die Geldausweitung, wie man heute für Inflation sagt, übrig.

Damit ist die Aussprache über die Große Zentrumsanfrage geschlossen.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten dem Finanzausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung in etwa 2-3 Wochen, nach Schluß der Deputate. Schluß der Sitzung: 16.15 Uhr nach 7 1/2 stündiger Dauer.

Wer belastet die Krankenkassen?

Die finanzielle Bedrängnis der Krankenkassen hat wieder einmal die Frage der Reformen in den Vordergrund gerückt, die ja auch bei der ganzen Sozialversicherung sprichreif ist. Bevor jedoch diese tiefgreifende Arbeit unternommen werden kann, muß man sich klar sein, wer eigentlich die Krankenkassen am meisten belastet.

Die Erkrankten sind in den Altersklassen bis zu 39 Jahren und zwischen 55 und 64 Jahren bei den männlichen Mitgliedern ziemlich gleich. Von 100 Erkrankten treffen für jede Altersklasse zwischen 45 und 47,6 Krankheitsfälle im Jahre. Die 30-34jährigen männlichen Versicherten weisen die meisten Erkrankungen auf. Bei den weiblichen Versicherten ändert sich das Bild nicht wesentlich. Nun beanspruchen die Krankenkassen mit zunehmendem Alter eine immer längere Behandlungszeit, die von rund 17 Tagen je Krankheitsfall bei den Jünglingen auf rund 55 Tage bei den 55jährigen answächst. Wieweit man die Krankheitsstage nach den Altersgruppen auf, so ergibt sich folgendes: Auf 100 Versicherte der betreffenden Altersklasse entfielen, wenn wir den Durchschnitt mit 100 festlegen:

Altersgruppe	männlich	weiblich
bis 19 Jahren	69,5	68,5
20-29 Jahren	84,8	104,9
30-39 Jahren	92,5	107,5
40-49 Jahren	110,8	110,3
50-59 Jahren	160,6	129,9
60-69 Jahren	165,9	113,7

Die männlichen Versicherten beanspruchen also in ihrer Jugend die Versicherung weit weniger als im Alter, während die weiblichen Versicherten eine ausgeglichene Zahlenreihe aufweisen.

Der ungarische Finanzminister über die Schuldenfrage

Budapest, 7. Juni. Im Abgeordnetenhaus hielt Finanzminister Baron Göranyi eine längere Rede, in der er erklärte, daß dem überwiegenen Teil der Auslandsgläubiger bei vollem Verständnis für die Lage Ungarns vorhanden, leider könne man nicht sagen, daß dieses Verständnis allgemein wäre. Der Minister betonte, daß der Dienst der Auslandsschulden nur insoweit aufrechterhalten werden könnte, als es Ungarn gelinge, seine Ueberflüsse an landwirtschaftlichen Produkten zu entsprechenden Preisen im Ausland abzusetzen. Die Regierung hoffe, daß die vom Völkerverbund und den Großmächten zur Kräftigung der finanziellen Lage der Donaufürstentümer entsandene Kommission und die Benjamer Konferenz zu einem als Lösung anzusehenden Ergebnis kommt. Würden diese internationalen Verhandlungen wider Erwarten zu dem erhofften Ergebnis nicht führen, so würde die Regierung gezwungen sein, einseitig gewisse Maßnahmen zu treffen, durch welche bei voller Wahrung der erworbenen Rechte der Auslandsgläubiger der Dienst für die Auslandsschulden vorübergehend mit der Leistungsfähigkeit des Landes und der Einkünfte der Landwirtschaft mit der Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte in Einklang gebracht würde. Ungarn wolle somit keine Verzögerungen treffen, die eine Abänderung der erworbenen Rechte der ausländischen Gläubiger betreffen würden, es sei denn, daß hierüber mit den Gläubigern eine Vereinbarung zuhandeln kommt.



Die tolle Miss
Humoristischer Roman von Bert Oehlmann

36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Leo lächelte frampfhaft. Und — sah noch einmal zum Schreibtisch hinüber.
Donner und Doria! Kein Zanberpal — keine Hirngespinnel! Da stand es immer noch, das Bild, das Liesel Werkmeister und deren Mutter vorstellte!

Eben kam die freundliche Sächsin mit der Post herein. Leo durchfuhr bei ihrem Anblick ein erlösender Gedanke. Vielleicht konnte das Mädchen Auskunft geben? Er fragte also — und fiel bei der Antwort aus allen Wolken: Die ältere Dame da auf dem Bilde sei Frau Anafassa Werkmeister, geborene Kessler, Schwester des verstorbenen Deutschamerikaners Kessler und somit Ewelons Vater — und die jüngere da sei ihre Tochter Liesel, Fräulein Kesslers Kusine —

Heiliger Brahma!
Aber es waren der Fürchterlichkeiten noch nicht alle. Das, was auf Leo die entsetzliche Wirkung ausübte, folgte noch nach, denn das Mädchen erklärte freundlich lächelnd: „Nu kommen die beiden Damen auch noch uf Besuch bei uns, das wußten Se wohl noch gar nicht?“

„Rein,“ stammelte Leo, einer Ohnmacht nahe, „das — das wußte ich — allerdings noch nicht!“
Das Dienstmädchen nickte. „Ei ja, Besuch hier, das ist ne Sündenheer.“

„Und wann die Damen kommen, wissen Sie wohl auch?“
„Nu allemal. Heute doch! Der Gulischer Lindemann fährt nachher zum Bahnhof un Holt sie ab.“

Ein Schreckensschrei! „Die Welt geht unter!“ oder „Die Einstulst kommt!“ hätte auf Leo nicht nachhaltender wirken können als diese Schreckensbotschaft.

Mit einem gestammelten „Herrgott, da fällt mir etwas ein —!“ und einem geröchelten „Entschuldigen Sie mich bitte bei der Herrin!“ fürzte er aus dem Zimmer.

Was tun? Um Himmelswillen, was tun?
Ein Schauer nach dem anderen rann ihm durch den Körper, als er an Frau Werkmeister dachte — dieselbe Frau Werkmeister, die in Hilsberg kündlich auf seine Werbung um Liesel gewartet hatte —

Und dann: Liesel selbst! Er hatte ihr doch in der Hagemannschen Pension zuerst wie toll die Kur geschnitten, bis —

Es war einfach unmöglich, unter diesen Verhältnissen mit Ewelone zu sprechen, sich ihr zu offenbaren —
Aber es mußte doch irgend etwas geschehen, um Gotteswillen! Irgend etwas —

Und es geschah etwas.
Als nämlich vier Stunden später die Kutsche auf den Gutshof rollte, als ihr, von Ewelone herzlich begrüßt, Frau und Fräulein Werkmeister — Tante und Kusine — entriegelten, als Ewelone nicht viel später den Damen ihren tüchtigen Hilfsinspektor vorstellen wollte — da war der gute August Lattermann spurlos verschwunden und nirgends auffindbar!

Dafür entdeckte man aber in seinem Zimmer einen Zettel, und auf diesem Zettel standen die lellsamen Worte: „Bitte um Vergebung. Habe mir selbständig einen Tag Urlaub genommen. Brief folgt. Lattermann.“

IX.

Man sah beim Abendrot, als das Dienstmädchen leise hinter den Stuhl ihrer Herrin trat und ihr etwas zuflüsterte. Die Mitteilung schien auf Ewelone eine überraschende Wirkung auszuüben, denn sie legte klirrend Messer und Gabel nieder und rief: „Zum Heiligens Hof ist er? Wer sagt denn das?“

„Kristian!“
„Er soll sofort hereinkommen!“

Wenig später schob sich die hünenhafte Gestalt des Vorwärters über die Schwelle. Auf Anforderung erzählte er, daß er den hier so plötzlich verschwundenen Hilfsinspektor vor ein paar Stunden oben am Gut des Barons von Heigel gesehen habe. Er, Kristian, habe die Ladung Düngemittel vom Bahnhof geholt und dadurch —

Ewelone erblaste.
„Sie reden ja dummes Zeug,“ rief sie ärgerlich. „Herr Lattermann hat früher einmal in des Barons Diensten gestanden und ist dort entlassen worden. Sie werden sich geirrt haben!“

Aber Kristian widersprach. Er habe den Inspektor Lattermann im Sturmstritt über das Feld kommen und im Gutshof des Barons Heigel verschwinden sehen.

Ewelone Kessler preßte die Lippen zusammen. Was bedeutet das? Lattermann verließ ohne nähere Begründung und unter heilsamen Umständen den Gutshof, um sich „im Sturmstritt“ wie Kristian behauptete, zu dem Summelbaron zu begeben?

Das war eine Geschichte, die näherer Aufklärung bedurfte!

Nüchtern schickte sie den Vorwärtner wieder hinaus. „Ihr müßt schon entschuldigen,“ wandte sie sich an Tante und Kusine, „aber wir werden nun nicht mehr gestört werden. Ich würde Euch ja die Geschichte erzählen, aber sie ist zu uninteressant —“

Als sie aber einen Blick auf die beiden Besucherinnen warf, konnte sie sich eines Staunens nicht erwehren. „Ja, was habt Ihr denn auf einmal?“ rief sie kopfschüttelnd. „Ihr sitzt ja da wie zwei Bildhauer!“

Frau Werkmeister erwachte aus ihrer Erstarrung, während sich Lieles Antlitz mit einer glühenden Röte überzog. „Nun schlägt's dreizehn!“ lachte Ewelone. „Nagt Euch denn die Geschichte von meinem davongelaufenen Hilfsinspektor derart auf?“

„Das nicht,“ murmelte Frau Werkmeister, „aber es fiel da wiederholt ein Name —“

Liesel warf der Mutter einen flehenden Blick zu. „Loh doch!“ bettelt sie. „Es ist doch alles längst vergessen, und vielleicht —!“

„Nichts ist vergessen!“ fuhr die alte Dame erregt auf. „Der Mann hat sich benommen wie — wie — ach, ich finde einfach keine Worte für ein derartiges Betragen.“

„Mein Gott,“ murmelte Ewelone, „von wem spricht du eigentlich? Von Lattermann etwa? Kennt Ihr denn den Mann?“
(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land

Im Bereiche des Landesfinanzamts Stuttgart wurde verlegt Regierungsrat Oberle bei dem Finanzamt Neuenbürg an das Finanzamt Kalen.

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats am 7. Juni. In nichtöffentlicher Sitzung der Ortsfürsorgebehörde kamen 16 Fürsorgefälle zur Verhandlung. Die beschafften Hilfsmittel sind schon ziemlich gefaßt worden und erfüllen ihren Zweck. Es wäre zu wünschen, daß noch mehr Gebrauch von dieser Einrichtung gemacht würde.

Die angelegte Kanalisation wurde nach Verhandlung durch Vergleich ihre Erledigung.

Dem Gesuch des Schiffwirts Stengele um Ueberlassung von ca. 10 Quadratmeter Fläche von dem Platz beim Stadt. Eichhaus zu einem sommerlichen Gartenwirtschaftsbetrieb wird in der Beschlusse Sitzung, daß ihm die Fläche zu dem geplanten Zweck jährlich auf die Zeit vom 1. Mai bis 30. September gegen einen Pachtzins von 50 Pfg. pro Quadratmeter überlassen wird. Gegen einen Wirtschaftsbetrieb auf dieser Stelle hat der Gemeinderat nichts einzuwenden.

Dermann Andras, Senfenschmied, sucht darum nach, die städtische Wasserleitung in der Engelsbrander Straße um etwa 30 Meter zu verlängern, um den Anstieg seines geplanten Wohnhauses am Blotterweg zu verhüten. Nach der Berechnung des Stadtbauamts würde hierfür ein Aufwand von 400 RM., entfallen und außerdem hätte der Bauherr selbst noch einen Aufwand von ca. 1200 RM. Der Gemeinderat empfahl dem Gesuchsteller, sich mit Grundwasser zu versorgen, da die Wasserzähler aus der städtischen Wasserleitung sowohl für ihn wie auch für die Stadtgemeinde zu teuer käme.

Der vom Gemeinderat am 24. Mai d. J. vorbereitete Haushaltsplan der Stadt für das Rechnungsjahr 1932 mit der Nebenverwaltung Real- und Vorkaufsstellen sowie dem Haushaltplan der Ortsfürsorge für 1932 und demjenigen der Elektrizitätswerkstoffe für 1932 war nach öffentlicher Bekanntmachung im „Kurier“ Nr. 116 vom 21. Mai d. J. während einer Woche vom 21. bis 29. Mai 1932 je einschließlich zur Einsicht der Gemeindeglieder aufgelegt. Einwendungen hiergegen sind nicht vorgebracht worden. Gemeindeglieder, die mit dem Inhalt der geplanten auf Grund, Gebäude- und Gewerbesteuer fallenden Gemeindeglieder zu bezahlen haben, sind nicht vorhanden. Vom Gemeinderat wird nun heute beschloffen, den Haushaltsplan für die Klasse des Elektrizitätswerks für 1932 festzustellen mit Einnahmen 57 335 RM., Ausgaben 50 435 RM., und einem Einnehmersbeitrag von 6000 RM., wovon zu Abschreibungen notwendig sind 2400 RM., und 4600 RM. als Betriebsüberschuss verbleiben; den Haushaltsplan der Stadt für 1932 festzustellen in Einnahmen mit 116 450 RM., Ausgaben 202 216 RM., und einem Ueberschuss mit 176 700 RM.; den Fehlbetrag bei der Stadtverwaltung wie folgt zu decken: durch Reichsteuerverweigerungen im mutmaßlichen Betrag von 29 780 RM., durch eine Umlage auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, wie im Vorjahr in Höhe von 21 Prozent mit einem voraussichtlichen Betrag von 7 145 RM., durch Veranlagung des Betriebsüberschusses vom Stadt. Elektrizitätswerk 4000 RM., Bezüglich des noch nicht gedeckten Restes soll um einen entsprechenden Zuschuß aus dem Ausgleichs- und Beitrag zu den Volkshuldberechtigten sowie um Erleichterung bezüglich der Volkshuldberechtigten in der einen oder anderen Richtung nachgesucht werden. Der Antrag des Vorstehenden, als weitere Deckungsmöglichkeit einen Zuschlag von 100 Prozent zu der Bürgersteuer zu erheben, für den Fall, daß ein solcher Zuschlag zu den jetzigen einfachen Sätzen nicht vom Reich aus angeordnet wird, wurde vom Gemeinderat einstimmig abgelehnt. Aus dem Haushaltsplan der Stadt ist zu erwähnen: Die Einnahmen aus dem Grundbesitz mit 100 Prozent und Holz sind erheblich zurückgegangen. Die Einnahmen betragen nur noch 48 130 RM., die Ausgaben hierfür 21 410 RM.; die Ausgaben für allgemeine Verwaltung 29 780 RM., für die Armenfürsorge 37 000 RM., für die Schulen und für kirchliche Zwecke 49 850 RM. (ohne Gebäudeunterhaltung), denen 12 310 RM. Einnahmen gegenüberstehen. Für Straßen und Wege Ausgaben 21 300 RM., gegenüber 1200 RM. Einnahmen; für Ausschärfung von Dachwasserleitungen sind noch auszuwenden 7500 RM.; für die Amtsgerichtsverwaltung sind vorzusehen 35 000 RM.; an Reichsteuerverweigerungen und Ertrag der Kataster müssen weniger eingestellt werden gegenüber dem Vorjahr 8276 RM. Zur Deckung der Fürsorgekosten und des Amtsschadensanteils mit zusammen 72 000 RM. sind nach den heutigen Katastern allein 22 Prozent Umlage notwendig gegenüber im Jahr 1914 3 1/2 Prozent; unter der Amtsschadensumlage stehen auch ganz erhebliche Beträge an Fürsorgekosten. Einen Zuschlag zur Bürgersteuer hat der Gemeinderat abgelehnt, weil er eine weitere Steuerbelastung der Einwohnerstadt bei den schlechten Arbeits- und Geschäftsbedingungen für untragbar hält und die Ansicht vertritt, daß die Gemeinden in der einen oder anderen Weise in den Ausgaben entlastet werden müssen.

Bei dem städtischen Elektrizitätswerk hat sich als Demerit für die weitere Steigerung des Stromverbrauchs zu Haushaltszwecken der verhältnismäßig hohe Preis herausgestellt; auf Vorschlag der Verwaltung und nach Beratung im technischen Ausschuss wird heute vom Gemeinderat beschlossen, ab 1. 1. 1932 den Tarif für Hausabnahme von 12 auf 10 Pfg. herabzusetzen. Denjenigen kleineren Abnehmern, welche z. B. infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihrem Verbrauch nicht in den billigen Tarif kommen, soll am Ende des Rechnungsjahres ein Teil des Stromverbrauchs verbilligt berechnet werden, sobald ein bestimmter Tag überschritten ist. Voraussetzung ist, daß in der betreffenden Haushaltung elektrische Apparate (Wägeleisen usw.) überhaupt benutzt werden neben ausschließlichem Verbrauch von elektrischem Licht. Eine allgemeine Senkung des Tarifs beim Elektrizitätswerk kann nicht eintreten, weil sich die Lichtpreise schon jetzt 20 Prozent unter den Vorkriegspreisen halten und solche im Lauf der letzten Jahre bei der allgemeinen Preiserhöhung nicht herabgesetzt worden sind. Die Preise für elektrische Kraft bewegen sich in der Höhe wie vor dem Krieg.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten und eine Grundstücksbewertung erledigt war, wurde die Sitzung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

(Wetterbericht.) Der von Westen vorgebrungene Hochdruck bedeckt jetzt Mitteleuropa. Unter seinem Einfluß ist für Freitag und Samstag vielfach besseres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Württemberg

Freudenstadt, 8. Juni. (Falsche Jehu-Mark-Scheine im Umlauf.) Seit einiger Zeit tauchen in Stadt und Bezirk Freudenstadt immer wieder falsche Jehu-Mark-Scheine auf, die alle auf eine und die gleiche Quelle zurückzuführen; in den letzten vierzehn Tagen sind vier solcher Scheine an öffentlichen Kasernen angehalten und beschlagnahmt worden. Es handelt sich um eine ziemlich gut gelungene Fälschung. Die Fälschung stellt, wie der „Kurier“ berichtet, einen etwa einen halben Zentimeter zu langen Jehu-Mark-Scheine mit dem Datum vom 30. August 1924 dar und ist vor allem daran erkennbar, daß ihm erstens einmal das rechte, große Bögen beschließende Wellenlinien fehlt und daß weiter der junge Mann, dessen Kopf die Vorderseite des Scheins schmückt, auf der rechten Seite seines

Nasengliedens eine gewaltige Warze trägt, die von Rechts wegen nicht zu ihm gehört.

Stuttgart, 8. Juni. (Kommunistische Anträge im Landtag.) Die kommunistische Fraktion hat im Landtag zwei Anträge gestellt, die sich auf die Vorgänge bei der Oberamtspostkasse in Balingen a. E. beziehen. Darin wird verlangt, daß die schuldigen Beamten der Postbehörde zur Rechenschaft gezogen und haftbar gemacht sowie ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Verlust der Geschädigten in vollem Umfang zu ersetzen. Außerdem soll ein Untersuchungsausschuß, bestehend aus den Geschädigten, eingesetzt werden. — Heute weist Ministerialrat Kiefer vom Württ. Innenministerium in Balingen, um sich an Ort und Stelle über die Vorkommnisse bei der Postkasse zu informieren. Landrat Bögel hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten. Während dieser Beurlaubung führt Landrat Dr. Fuchs vom Oberamt Balingen die Geschäfte des Oberamts Balingen im Nebenamt vertragsweise.

Stuttgart, 8. Juni. (Kein allgemeiner Holzarbeiterstreik.) Wie uns mitgeteilt wird, werden von den Holzarbeitern nur wenige Betriebe betriebl. In Stuttgart sind es 9 von mehr als 100 in Betracht kommenden Betrieben. Diese Teilstreiks, mit denen die Gewerkschaften nichts zu tun haben, sind durch den Einfluß radikalere Elemente entstanden, ehe die Verhandlungen, die zur Zeit noch schweben, zum Abschluß gebracht worden sind.

Tübingen, 8. Juni. (Der galante Schaffner. — Ein Kleinbahn-Unfall.) Der Himmel hatte seine Schleusen geöffnet, als am Freitagvormittag die Tübingener Elektrische nach dem Hauptbahnhof fuhr. Die wenigen Fahrgäste trauten sich nicht aus dem Wagen heraus, weil es immer noch in Strömen regnete. Der Schaffner aber erkannte die Situation, ließ schnell zum Führer übersteuern, zumute sich von ihm einen Schirm und geleitete die schirmlosen Fahrgäste — einen nach dem anderen — ins Trockene. Man dankte ihm für die Höflichkeit und Menschenfreundlichkeit des Tübingener Schaffners und gab ihm zu verstehen, daß es auch noch hilfsbereite Bahnbeamte gebe, worauf er prompt erwiderte: „Dees war no schöner, wenn je alle Klode wäre“.

Tübingen, 8. Juni. (Amtsversammlung.) Die Amtsversammlung stimmte dem Haushaltsplan zu, der in den Ausgaben mit 679 507 Reichsmark, in den Einnahmen mit 197 677 RM. abschließt. Insofern sich eine Unzulänglichkeit von 481 830 RM. ergibt. Die Deckung dieses Betrags ist in folgender Weise vorgesehen: durch Umlage wie im Vorjahr 414 000 RM., durch Aufnahme eines Darlehens mit jährlicher Tilgungssumme 50 000 RM., durch weitere Einparungen und Uebernahme ins Rechnungsjahr 1933 17 800 RM. Die Amtsversammlung erteilte dem Bezirksrat den Auftrag, durch geeignete Einparungen dafür zu sorgen, daß mit dem Umlagebetrag von 414 000 RM. unter allen Umständen ausgekommen wird.

Ulm, 8. Juni. (Familie Selbstmord.) In einem Hause in der Kornhausgasse hat sich gestern vormittag ein lebender Mann namens Arnold, etwa 25–30 Jahre alt, erhängt. Er war früher Dienstknecht. Vor wenigen Jahren hat sich dessen Mutter in der Donau das Leben genommen und sein Bruder hat sich schon mit 16 Jahren erhängt.

Ulm, 8. Juni. (Landesverbandstag der Friseur.) Vom 19. bis 21. Juni findet in Ulm der 30. Landesverbandstag der Friseurmeister Württembergs statt. Damit verbunden ist die 60. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Landesverbände der Friseur und die 17. der Württembergischen Friseurvereine. Die Tagung in der Festhalle eines Haararbeiten- und hochgewerbliche Ausstellung aufgebaut sein und für das Festankert eine lebenswerte Friseurschau vorgesehen.

Baden

Forstheim, 8. Juni. Nachdem schon die gefröhen Bürgerauskunft-Sitzung durch meist wohlhabenderwerbliche Triebkräfte gesteuert wurde und dieselbe schließlich geräumt werden mußte, kam es heute im Laufe des Nachmittags zu erneuten Erwerbslosenkundgebungen. Vom Arbeitsamt zogen die Kundgeber vor das Volkshausamt, vor das Verlagsgebäude des „Forstheimer Anzeiger“ und das der „Freien Presse“ und brachten in Sprechschreien wie „Wir wollen Brot und Arbeit“ ihre Forderungen zum Ausdruck. Da die Aufsammlungen vor dem Rathaus immer bedrohlicheren Charakter annahmen, wurde das Ueberfallkommando eingesetzt, das mit dem Gummiknüppel den Marktplatz räumte. In den Seitengassen des Platzes, durch die die Kundgeber abgedrängt wurden, kam es noch wiederholt zu Zusammenstößen zwischen ihnen und der Polizei. Erst in den Abendstunden trat Ruhe ein. Da der Streik der Fürsorgearbeiter noch immer andauert und die Sperremaßnahmen des Fürsorgeamtes noch nicht aufgehoben sind, wird für die nächsten Tage mit weiteren Kundgebungen zu rechnen sein.

Karlsruhe, 8. Juni. Das Staatsministerium hat heute folgende Verordnung erlassen: „Die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1923 über die Bestimmung des 11. August (Reichsvereinsstag) als gebotener Festtag wird aufgehoben“.

Vom unteren Neckar, 8. Juni. (Ein geheimnisvoller Fall.) In Neckarhausen wurde die Leiche eines in den 40er Jahren stehenden Ingenieurs gefunden. Der Tote war gut gekleidet, trug goldene Uhr und goldene Kniefer, sowie eine Barchaft von 28.80 RM. bei sich. Aus einem von dem Staatschiller ausgestellten Paß war merkwürdigerweise der Name herausgeschnitten. Die Leiche konnte als die des Ingenieurs Charlos Koog aus Hamburg identifiziert werden. Koog hatte am Vorabend am Bahnhof Hirschhorn mit dem Bemerken, er wolle sich nach etwas das Städtchen ansehen, seinen Koffer bahnlagernd nach Heidelberg aufgegeben. Auf diese Weise konnte das

Gesicht die Personalien feststellen. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht geklärt werden.

Letzte Nachrichten

Duisburg, 8. Juni. Die Stadt Duisburg-Hamborn ist zurzeit nicht in der Lage, die auf 1. Juli fälligen Zinscheine der 7 Millionen-Reichsmark-Anleihe einzulösen. Die Stadt begründet dies mit der ungelösten Lage, die die Stadt zwingt, alle vorhandenen flüssigen Mittel im Augenblick zur Bezahlung der Unterfügung für die Wohlfahrtspflege bereitzubehalten. Die Stadt wird sich bemühen, den Zinsdienst sobald wie möglich wieder aufzunehmen.

Minden (Westf.), 8. Juni. Wie wir zu dem schweren Autounfall des Militär-Lostwagens der 1. Marine-Artillerie-Abteilung Kiel auf der Strecke von Minden nach Neuenburg (Westf.) noch weiter erfahren, sind außer dem auf der Unfallstelle tödlich verunglückten Heilangehalten Dümmler drei weitere Marinefeldaten ihren schweren Verletzungen im Stolzenauer Krankenhaus erlegen.

Wesel, 8. Juni. Der zweite Stratosphärenflug Prof. Piccards wird, wie jetzt feststeht, von Jülich aus seinen Ausgang nehmen. Professor Piccard wird diesmal von dem belgischen Physiker Collin begleitet sein. Der Ballon trägt unter belgischer Flagge auf. Die 800 Kilogramm schwere Ballonhülle, die von der Ballonfahrt Augsburg vor ihrer Abfliegerung noch eingehend kontrolliert wurde, wird mit einem Vorkraftwagen nach Jülich gebracht. Der Start ist für Ende des Monats vorgesehn.

Politische Zusammenstöße in Magdeburg

Magdeburg, 8. Juni. Auf ein schon in den Morgenstunden aufstrebendes Gerücht, daß das SA. und das Uniformverbot aufgehoben seien, zeigte sich den ganzen Tag über größere und kleinere SA.-Trupps in voller Uniform, die mit politisch Andersdenkenden an vielen Stellen der Stadt aneinandergerieten. Auch Reichsbannerleute wurden in Uniform gesehen. Die Polizei ging in den späteren Abendstunden gegen die Demonstranten vor und nahm, nachdem der Polizeipräsident darauf hingewiesen hatte, daß das Uniformverbot noch nicht gestrichelt sei, auch zahlreiche Verhaftungen vor. In den frühen Abendstunden war die Ruhe wiederhergestellt.

Beschlechterung des Status der Oesterreichischen Kreditanstalt

Wien, 7. Juni. In den Verhandlungen der Regierung mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt erzählt die „Neue Freie Presse“, daß die Regierung den Vertretern der Auslandsgläubiger erklärt habe, sie sei noch nicht in der Lage, schon heute auf die Vorschläge eine Antwort zu erteilen oder selbst Vorschläge zu unterbreiten, weil sich der Ministerrat nicht nur mit den Vorschlägen der Gläubiger sehr eingehend beschäftigen müsse, sondern auch mit dem Status der Kreditanstalt. Es besteht der Eindruck, daß sich im Status der Kreditanstalt Veränderungen gegenüber den bisherigen Aufstellungen ergeben. Während bisher von 50 Millionen Verlusten für die Regierung gesprochen wurde, dürften sich die Verluste auf 70 Millionen Schilling stellen. Die Verhandlungen werden in dieser Woche noch nicht abgeschlossen werden können.

Amerikas Stellung zum Reparations- und Kriegsschuldenproblem unverändert

Washington, 8. Juni. Im Staatsdepartement wurde zu einer Meldung in „New York Times“ aus London, wonach



Zur Verhaftung des itzfinnigen Muttermörders Schöf

Rudolf Schöf aus Tutin, der in einem Anfall von Geistesgekräftigkeit seine Mutter ermordete und die abgeschrittenen Hände der Leiche in einem Paket der französischen Botschaft in Berlin übermittelte, ist jetzt verhaftet worden. Der ersten Vernehmungen ergaben, daß Schöf an einem gemeingefährlichen Verfolgungswahn leidet.



Das Heimatdorf feiert den heimgekehrten Kriegsgefangenen

Nur mit Mühe kann sich der blumengeschmückte Wagen, in dem sich Oskar Daubmann mit seinen Eltern befindet, durch die dichtgedrängte Menge Bahn schaffen. — Der kleine badische Ort Endingen am Kaiserstuhl feierte jetzt den nach 16 Jahre langer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Mitbürger, den Württemberger Oskar Daubmann. Alle Gebäude des Ortes hatten Flaggenschmuck. Tausende waren aus der näheren und weiteren Umgebung gekommen, um den Totgeglaubten zu feiern.



dieses dem hiesigen Vorkämpfer gegenüber sich gegen die völlige Streichung der Reparationen ausgesprochen habe, folgende Erklärung gegeben:

Die amerikanische Regierung hat darauf hingewiesen, daß sie mit den Reparationen nichts zu tun habe und die Lösung dieser Frage den beteiligten Mächten überlassen müsse, die in Kaufmanne hoffentlich zu einer Einigung gelangen werden. Das Staatsdepartement hat auf Anfragen der hier akkreditierten Vorkämpfer verschiedener Länder stets die Schwierigkeit des internationalen Schuldenproblems betont, da der Bundeskongress sich im Dezember 1931 in einer gemeinsamen Entschließung beider Häuser gegen eine Ermächtigung der Streichung oder Streichung der Schulden ausgesprochen habe. Das Staatsdepartement hat ferner in Gesprächen mit fremden Diplomaten stets darauf hingewiesen, daß bei Streichung der alliierten Schulden Amerika auf alles verzichten und nichts erhalten würde. Mit anderen Worten, das amerikanische Volk solle zu den eigenen Kosten auch noch den Löwenanteil der Kriegskosten der Alliierten übernehmen. Eine derartige Regelung würde keineswegs der amerikanischen Auffassung entsprechen.

Aus Welt und Leben

Zeit über 100 000 Dachplatten vom Hagel zer schlagen. Der längste fürchterliche Hagelschlag im bayerischen Alpenvorland richtete bekanntlich grimmige Verwüstungen an, die sich jetzt erst einigermaßen übersehen lassen. Im Samerberg-Gebiet (Rosenheim) wurden weit über 100 000 Dachplatten zer schlagen. Teilweise haben die Dächer wie Siebe aus. Die Weizen- und Gerstenernte wurde in manchen Gegenden völlig vernichtet und die Obstbäume litten großen Schaden (bis zu 50 Prozent der Ernte verloren). In verschiedenen Orten wurden fast alle Fenster scheiben zer schlagen. Die Hagelkörner waren mitunter so groß wie Gähnerker. Kraftfahrer, die sich vor dem Wetter nicht retten konnten, kamen mit zer schlagenen und blutenden Gesichtern an. Auf den Straßen liegen ganze Trümmerfelder. Die Not der Bergbauern stieg durch diesen Schicksalsschlag ins Unermessliche.

30 Stunden zwischen Himmel und Erde. Ein furchtbarer, noch nicht ganz geklärter Unfall in den Bergen hat sich im Tolentgebirge ereignet. Am Sonntag erkletterten drei oberösterreichische Bergsteiger auf einer sehr schmalen Route die Spitzener Nordwand. Beim Abstieg erklärte einer der Teilnehmer namens Günther, nicht mehr weiter zu können. Nach längerem Zureden entschlossen sich die zwei Bergsteiger allein abzustiegen und überließen den Kameraden mit einer Seilschlinge. Der Hilfling verzögerte sich jedoch durch Schlechtwettereinbruch. Eine sofort eingeleitete Rettungs Expedition blieb infolge des Schneesturmes ergebnislos. Sie konnten sich lediglich mit dem Zurückgelassenen verständigen. Auch die zweite Rettungs Expedition, die von Prinz a. D. aus organisiert war, konnte am Dienstag vormittag nicht bis zu dem Zurückgelassenen vordringen. Als sich die Wolken lichtet, sah man Günther, der bis zur Brust von Schnee umhüllt war, ohne Stand am Seil pendeln. Er muß 30 Stunden lang am Seil gehängt haben. Der Leichnam wird erst bei schönem Wetter geborgen werden können, da die ganze Wand vereist ist.

Krankentransport im Flugzeug. Ein Sonderflug der Luft-Dania hatte einen Krankentransport auszuführen, dessen Durchführung einen Rekord der Beförderung darstellte. Eine in Oslo wohnende Norwegerin, die an einer schweren Bauchfellentzündung erkrankt war und schleimig operiert werden mußte, entschloß sich, als ihre die behandelnden Ärzte in Oslo die Notwendigkeit eines Eingriffes mitteilten, diese Operation von Professor Sauerbruch in Berlin ausführen zu lassen. Da größte Eile geboten war, wurde die Schwerkranken am Samstagmittag mit einem Krankenauto zum Osloer Wasserflughafen gebracht und dort in Begleitung einer Krankenschwester in ein Wasserflugzeug getragen, mit dem sie nach Malms lög. Hier stand schon eine inzwischen bestellte Sondermaschine der Luft-Dania bereit, die die Kranke und ihre Begleiterin sofort übernahm und nach Berlin startete. Um 2.45 Uhr traf der fliegende Krankentransport auf dem Flughafen Tempelhofener Feld ein. Ein Krankenwagen rollte an die Maschine heran und brachte die Patientin direkt zur Klinik des Professors Sauerbruch, wo noch in der Nacht die Operation vorgenommen wurde.

Ein Kohlenfeld wird dem Ozean entrissen. Schon vor sechs Jahren wurde in England ein Plan entworfen, wonach ein Kohlenfeld ausgebeutet werden sollte, das in Riesenfelsen eingeschlossen, im Meere liegt. Es ist in der Nähe des Hafens Slaban gefunden worden. Borecht müßten alle Spalten der

Felswände verdichtet werden, damit das Wasser in das Bergwerk nicht eindringen könnte. Dabei muß das andringende Wasser in Eis verwandelt werden. Die Vorarbeiten werden auf eine Million Pfund Sterling geschätzt. Im dritten Jahre nach dem Bau dürfte schon ein beträchtlicher Nutzen zu erwarten sein. Jährlich soll das Bergwerk eine Million Tonnen Kohlen liefern.

Die Festungen des Goldes

Unterirdische Schatzkammern in Newyork und Paris

Die amerikanischen „Federal-Reserve-Banken“ und die Bank von Frankreich haben den größten Teil des Goldbestandes der Welt gesammelt. Sie haben diese Schätze in Banken untergebracht, die so gut als irgend möglich gegen jeden Ueberfall und jede Belagerung gesichert sind.

In den Vereinigten Staaten hat man diese Schatzkammern von Festungsartanlagen anlegen lassen. Die Gewölbe der „Federal-Reserve-Bank“ von Newyork sind achtzehn Meter tief unter der Erdoberfläche in das Felsgestein der Dalbinsel Manhattan gehöhrt und gesprengt worden. Will ein Räuber einen Zugang zu diesen Gewölben bohren, so kann er das nicht, ohne beträchtliches Aufsehen zu erregen. Sollte einem erfindungsreichen Kopf aber dennoch ein solches Wagnis gelingen, so tritt ein höchst kompliziertes System von Sirenen, Glocken und Alarmapparaten in dem Augenblick in Tätigkeit, in dem irgend jemand oder irgend etwas in die unmittelbare Nähe dieser Gewölbe gerät. Ganz abgesehen davon, daß eine Schaar von Wächtern die Schätze bei Tag und Nacht behütet. Außerdem versperrt noch eine Panzertür von einer Dicke von zweiundneinhalb Metern den Zugang zu dem Gold und vor dieser Tür stehen noch einmal zehn Detektive, die mit allem Versehen sind, was geeignet ist, dem Räuber in kürzester Frist das Leben oder doch wenigstens das Bewußtsein zu nehmen.

Soll in diese Gewölbe neues Gold getragen oder soll aus ihnen etwas von dem Goldvorrat herausgeholt werden, so erscheinen nicht weniger als zwölf Schloßler, hinter denen das Gold verwahrt wird. Diese Bankbeamten können aber die Schloßer auch erst dann öffnen, wenn zuvor zwei Detektive die streng geheim gehaltenen Nummerkombinationen auf den Schließzylinder eingetippt haben. Zudem wird ein Goldtransport nie vorgenommen, ohne daß eine Anzahl von Kontrollbeamten zugegen ist, deren ein jeder eine scharfgeladene Repetierpistole bei sich trägt. Diese Newyorker Goldunterwelt scheint also vor der Verbrecher-„Unterwelt“ hinreichend gesichert.

Die unterirdischen Schatzkammern der Bank von Frankreich sind noch moderner als die der Newyorker „Federal-Reserve-Bank“. Sie scheinen nur einen Fehler zu haben. Sie sind nämlich immerhin für eine kleinere Anzahl von Goldbarren gebaut worden, als sie die Bank von Frankreich mit ihren Hunderten von Goldmillarden jetzt beherbergt. Sie bestehen aus 125 Gewölben aus schwer geganztem Beton, die unter einem Felsen von 3 Metern Dicke liegen. Als man damals so tief unter dem Erdboden von Paris die notwendigen Bohrarbeiten vornahm, stießen die Ingenieure auf einen unterirdischen Strom, der nun die Schatzkammer umspült, so daß ein Anbohren dieser Schatzkammern von außen beinahe unmöglich ist. Sie müßte denn von Männern mit Taucherausrüstung ausgeführt werden. Die aus Stahl und Beton verfertigten Zugangstüren wiegen eine jede 8000 Kilogramm und lassen sich durch einen einzigen Hebeldruck auf ein Gewicht von 20 000 Kilogramm bringen. Nach dem Weltkrieg ist diese Schatzkammer in eine richtige Festung umgewandelt worden. Eine halbe Stunde nach dem ersten Alarm wird sie von einem Battalion Infanterie besetzt, das keine Anweisungen von einem eigens zu diesem Zweck eingesetzten Beamten erhält. Schlafgelegenheit für diese sämtlichen Menschen ist vorhanden, für Ventilation ist gesorgt, die Vorkammern reichen für eine ziemlich lange Belagerung aus.

Und all dieser Aufwand und diese Mühe geschehen zur Bewachung des roten Metalls, aus dem man Kronen für zerbrochene Zähne und Trauringe verfertigt.

Sportseite.

Handball-Meisterschaft der Deutschen Turnerschaft. Letzten Sonntag wurde im Lindener Stadion zu Hannover die D.T.M. Meisterschaft im Handball zwischen dem Turn- und Sportverein Dersheim-Worms und dem Männerturnverein Herrenhausen-Dannover ausgetragen. Sieger wurde Turn- und Sportverein Dersheim-Worms mit 7:3. Die Endspiele mit der Deutschen Sportbehörde werden am 19. Juli ausgetragen.

— Im Frauen-Handball-Endspiel siegte der vorjährige Meister Tu. Borussia Breslau gegen den Stadtportverein Braunkopf a. R. mit 4:3. Insgesamt traten 22 Mannschaften (18 Kreismeister, 9 zweite und 5 dritte) zu den D.T.M.-Spielen an.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.)

Gegen die Schwarzarbeit

Wie in vielen gewerblichen Berufen so nimmt bei zunehmender wirtschaftlicher Not ganz besonders auch im Malergewerbe die Schwarzarbeit überhand. Im Zeitalter der Steuern, wo kaum ein Handwerksmann dieselben zu erschwingen vermag, ist diese Berufspflücherei bei den einzelnen gewerblichen Betrieben doppelt spürbar. Leider hat man in den letzten Wochen die Erfahrung gemacht, daß Geschäftsleute solche Schwarzarbeiter durch Erteilung von Aufträgen unterstützen. Es sei deshalb an dieser Stelle die Bitte ausgesprochen, daß in dieser Zeit allgemeiner Not jeder dazu beitragen möge, dem andern keine wirtschaftliche Lage zu erleichtern. Wenn die für die sog. Schwarzarbeiter zur Vergebung gelangenden Arbeiten alle den berufsmäßig an den einzelnen Orten ansässigen Handwerksmeistern zukommen würden, könnte sicherlich eine große Anzahl der arbeitslosen Handwerksarbeiter in den Beschäftigungsprozess zurückgeführt werden.

Malergewerksinnung, Bezirk Neuenbürg.

Hinweise

Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfg. die Zeile berechnet.

In Zeiten großer Geldknappheit wie in der Gegenwart treten die Vorteile des Zweckparks erst recht in Erscheinung. Während fast alle übrigen Kreditinstitute keine neuen Darlehen gewähren können, ja sogar zum Teil zu Kreditfahrungen schreiben müssen, können Zweckparken auch heute noch unbedingte Tilgungsdarlehen zuteilen und zur Auszahlung bringen. Demnach sollte jedermann, der ein Kreditbedürfnis für die Zukunft feststellt hat, untersuchen, ob er sich die benötigten Mittel nicht auf dem Weg über einen Zweckparkvertrag verschaffen kann.

Zum andern verlangt die allgemeine Wertberminderung, von der alles, aber nur nicht die Schulden betroffen werden, bedauerlich die Herabsetzung der bestehenden Schulden. Auch dafür sind Zweckparkverträge mit ihren bequemen Tilgungsraten denkbar günstig.

Die Oberamtsparkeasse Neuenbürg besitzt in der Deutschen Zweckparkasse Württemberg in Stuttgart eine Zweckparkanleihe, in der allen Wünschen Rechnung getragen wird. Damit hat jedermann unterrichten kann, veranstaltet die Oberamtsparkeasse am Freitag einen Besprechungsabend (siehe besondere Anzeige).

Ein musikalisches Ereignis für Wildbad dürfte das Sinfonie-Konzert am Freitag den 10. Juni werden. Als Solistin wurde Catharina Bosch-Möckel gewonnen, eine Geigerin, deren Namen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt ist. Besonders von Rundfunkhörerkreisen dürfte dieses Konzert begrüßt werden, denn wer erinnert sich nicht, die gezeigte Künstlerin im vergangenen Winter an verschiedenen Sendern gehört zu haben. Wie i. W. am Sinfoniestand mit dem Mendelssohn-Violinkonzert, dem Mozarterien-Sonaten von Weber, Violinkonzert von Lindpaintner u. a. Catharina Bosch-Möckel gehört zu den seltenen Künstlerinnen, welche vom ersten bis zum letzten Ton den Zuhörer mitreißend und bezaubernd. Die Kritik schreibt von ihr: Können und Kunstverständnis höchsten Grades beherrschen das Spiel dieser Geigerin, die, so wie sie ist, kaum ihresgleichen hat.

Geschäftliches

Alles auf den Kopf gestellt! Lesen Sie den Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen“, der im Fachgeschäft kostenlos für Sie bereit liegt!

Auf diesen Kopf sind gestellt: eine interessante Aufgabe, den Preis zu bekommen und zu bewahren! Erst durch „Haarglanz“ wird die Haarwische zur Haarpflege. Das Haar wird neuwiegend und bleibt frisch, gesund und schön! „Haarglanz“ enthält Sie mit jeder Packung Schwarzkopf-Schaumpon.

Eine interessante Aufgabe stellt Ihnen Schwarzkopf in seinem neuen Prospekt „Kopf zerbrochen“! Lassen Sie sich diesen Prospekt kostenlos im Fachgeschäft aushändigen: Preise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen! — Und gleichzeitig hören Sie Genaueres über „Haarglanz“, die wissenschaftliche Vervollkommnung der Haarpflege: „Haarglanz“ neutralisiert das Haar, erhält es straff, elastisch und

gesund. Das Haar läßt sich leichter und haltbarer frisieren und erfreut Sie und andere durch seinen wundervollen Glanz! „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“



RM. 5000 — Preise in bar — und herrliches Haar!

Unterhollbach — Hornberg.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, zu unserer am
Samstag den 11. Juni 1932
im Gasthaus zum „Röhle“ in Igelstoch
stattfindenden
Hochzeits-Feier
freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung anzunehmen zu wollen.
Christian Stoll,
Sohn des Michael Stoll, Landw. in Unterhollbach,
Marie Rirn,
Tochter des Johann Georg Rirn, Landwirts in Hornberg.
Abgang 12 Uhr in Igelstoch.

A. D. A. C.
Freitag abend
9 Uhr
Monats-
Versammlung
im Club-Lokal
Silbereisen.
Der Vorstand.
Beschäftigung
bieten wir feribsen Herrn gleich welchen Berufs als Heimarbeit (Verteilungslager und Versandlager). Verdienst nach Uebereinunft. Es wollen sich nur gut beleumundete Interessenten melden, die an ein gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt sind und über etwas Barmittel verfügen. Rückporto erwünscht.
Angebote an
Fr. Reitter,
Birchach-Stuttgart.

Catharina Bosch-Möckel
Violin-Virtuosin
spielt im Sinfonie-Konzert am Freitag den 10. Juni im Kursaal von Wildbad das Violin-Konzert von Beethoven und Solostücke.
Neuenbürg.
Frische Leberwürste,
hausgemachte
Griebenwürste
bei **Gottlieb Stengeler.**
Sämtl. Buchbinderarbeiten
werden in
eigener Werkstätte
rasch und preiswert ausgeführt.
C. Meeh'sche Buchdruckerei
Inh.: Fr. Dießinger.

Neuenbürg.
Nehme Bestellungen auf
Kohlen und
Britetts
zu Sommerpreisen an.
Franz Andras Wtw.
Ebendasselbst Stridwesten
und Balloner zu weit zurückgekehrt Preisen.
Wildbad.
Zwei große helle
Läden
mit je schönem Nebenraum,
geeignet für jede Branche,
billigst zu vermieten.
Zu erfragen in der „Enztaler“-Geschäftsstelle.